35. Jahrgang November 2016 Nr. 93

ICKINGER SCHAUKASTEN

SPD

70 Jahre Bayerische Verfassung

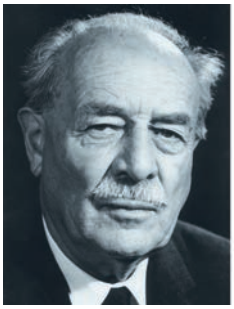
Die Bayerische Verfassung – der Leitfaden unserer Kultur

2016 feiern wir den 70. Geburtstag der Bayerischen Verfassung. Der damalige Ministerpräsident Dr. Wilhelm Hoegner (SPD) hatte ihre Grundzüge bereits in seinem Schweizer Exil formuliert und brachte sie nach Bayern.

Hoegners Verfassung legte nach der Diktatur der Nationalsozialisten die Grundlage für ein demokratisches Bayern, ja für den Freistaat. Eigenhändig ersetzte er im Entwurf das Wort „Volksstaat" durch „Freistaat". Der Freistaat Bayern wurde geboren.

Die Bayerische Verfassung – diese Hoegner-Verfassung – regt zum Nachdenken an wie keine zweite in Deutschland. Sie ist die originellste, sie gibt der Demokratie und dem Rechtsstaat die differenzierteste Gestalt, sie öffnet sich am weitesten zum Bürger hin, sie kombiniert Tradition und Anpassungsfähigkeit, und sie birgt Sätze, die heute wieder so aktuell klingen wie damals vor 70 Jahren – siehe nächste Seite.

Ja, auch in unserem Icking sollten wir uns immer wieder einmal darauf besinnen, was eigentlich Antrieb und Sinn unseres politischen Tuns ist, woran wir uns bei den Herausforderungen, die aus der Gesellschaft und der Gestaltung unseres kleinen Lebensraums erwachsen, orientieren können.



Dr. Wilhelm Hoegner
Bayerischer Ministerpräsident
(1887, † 1980)*

Die Bayerische Verfassung gibt aber auch Antworten auf die derzeitige Verunsicherung der Menschen, die in dem Zulauf der Menschen zu Pegida und AfD sichtbar wird. Wir benötigen keine neue Diskussion über eine Leitkultur in Bayern. Unsere Verfassung muss wieder ins Bewusstsein der Menschen gerufen und Demokratie muss von jeder Generation gepflegt und gelebt werden.

Durch Wilhelm Hoegner haben wir eine wunderbare Anleitung bekommen, wie wir gemeinsam unser Zusammenleben gestalten können. Und Zusammenleben endet auch heute – 70 Jahre nach Ende des Schreckenssystems der Nationalsozialisten – nicht etwa an den bayerischen Landesgrenzen, wie das vom rechtsextremistischen Pöbel, aber auch mit den Rechten in AfD und CSU proklamiert wird. Hier sieht sich die SPD in ihrem humanen, freiheitlichen und sozialen Selbstverständnis in der Verantwortung – über den Tellerrand lokaler und nationaler Beschränkungen hinaus.

Die SPD in Icking beschäftigt sich daher in diesem Schaukastens auch mit der Bayerischen Verfassung – ganz unabhängig von ihrem 70jährigen Jubiläum.

Der Freistaat Bayern gehört nicht der CSU!

Schaukasten-Redaktion
SPD-OV Icking

SPD Ortsverein Icking

Webseite www.spd-icking.de
Twitter @spd_icking
E-Mail info@spd-icking.de

70 Jahre 1946 – 2016 Bayerische Verfassung

Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.

Art. 106/1 – Verfassung des Freistaats Bayern

Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. Offenbarer Missbrauch … genießt keinen Rechtsschutz.

Art. 158 – Verfassung des Freistaats Bayern

Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn.

Art. 168/1 – Verfassung des Freistaats Bayern

Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlage ist … der besonderen Fürsorge jedes Einzelnen und der staatlichen Gemeinschaft anvertraut.

Art. 141/1 – Verfassung des Freistaats Bayern

Für jeden Berufszweig können Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine … entsprechende Mindestlebenserhaltung für sich und seine Familie ermöglichen.

Art. 169/1 – Verfassung des Freistaats Bayern

Dr. Wilhelm Hoegner
Sozialdemokrat
„Vater der Bayerischen Verfassung“
Bayerischer Ministerpräsident
(1945 – 1946 und 1954 – 1957)

Unsere Verfassung. Unser Auftrag. bayernspd-landtag.de/verfassung

Wir sind das Volk

„Wir sind das Volk" grölen die Pegida-Anhänger auf ihren Märschen durch die Städte. Der braune Mob, der sich durch die Straßen wälzt, wird dann von den Politikern entschuldigt: „Man muss die Ängste der Leute ernst nehmen" und ähnlich unüberlegte Rechtfertigungen werden in die Diskussion geworfen.

Nein, was dort auf den Straßen formuliert wird, das sind nicht die Ängste der Leute. Es sind die Parolen des immer schon latent vorhandenen rechtsextremen Lagers. Und die zögerlichen, ja hilflosen Reaktionen von den politisch Verantwortlichen, die fürchten, Widerspruch könnte Wählerstimmen kosten, verleihen diesen Parolen eher noch zusätzliches Gewicht.

Mit dem Flüchtlingsstrom hat sich die Lage in Europa drastisch verändert. Statt zu einer gemeinschaftlichen europäischen Lösung zu finden, teilt sich Europa in zwei Lager – in einen fremdenfeindlichen und einen flüchtlingsfreundlichen Teil. Auch innerhalb der einzelnen europäischen Staaten gibt es auseinander driftende Strömungen.

In Deutschland

Bei uns in Deutschland haben die AfD und Pegida aus naheliegenden Gründen den etablierten Parteien Stimmen abgenommen. Statt aber Haltung zu wahren, Pegida und AfD die Stirn zu bieten, versuchen vor allem die Rechten wie Seehofer, Söder, Scheuer u. a., der AfD Stimmen abzunehmen, indem sie ähnliche fremdenfeindliche und inhumane Parolen in die politische Landschaft setzen. Inzwischen ist die Büchse der Pandora geöffnet und es ist salonfähig geworden, alte Nazi-Parolen aufzuwärmen, die Presse wie ehemals als „Lügenpresse" zu diffamieren, „Deutschland den Deutschen" zu skandieren oder einfach nur „Ausländer raus" zu brüllen. Wie damals stellt sich heraus: Der Weg vom Wort zur Tat ist nicht weit. Und so werden dunkelhäutige Mitbürger durch die Straßen gejagt, Asylantenheime angezündet, Andersdenkende, gerade auch im Internet, auf abscheuliche Weise bedroht.

Wir sind das Volk

Diejenigen, die da „Wir sind das Volk" schreien, sind natürlich nicht das Volk, sondern ein Haufen Rechtsradikaler, die es immer schon gab. Die Unsicherheit der etablierten Parteien und ihre Angst, mit klaren, von Humanität geprägten Aussagen Stellung zu beziehen, gibt den Radikalen nun aber Rückenwind. Man ermutigt sie so, das demokratische Demonstrationsrecht mit rechten Hetzparolen von vorgestern ungestraft und demagogisch zu missbrauchen.

Welchen Weg geht die EU?

Kaum hat sich die Europäische Union politisch etabliert, driftet sie schon wieder auseinander. England wird in nächster Zeit austreten. Ungarn und Polen missachten die Menschenrechte. Wirtschaftlich schwache Länder hängen am Tropf der wenigen reichen. Sicherlich war es ein Fehler, nicht gefestigte Demokratien in die EU aufzunehmen. Das aufrechte restliche Europa aber sollte zusammenhalten. Wird das möglich sein? Unsere Zukunft hängt davon ab.

Was ist zu tun?

Zunächst gilt es, den rechten Mob und seine Partei zu analysieren und inhaltlich bloßzustellen. Der Rückfall in die Zeit der Nationalsozialisten ist durch Aufklärung und eine Gegenbewegung zu verhindern. Wir müssen zu unseren

Maximilian Pick
Vorsitzender des SPD Ortsvereins Icking

fundamentalen Überzeugungen stehen und humanistische Positionen wahren. Die EU muss in der jetzigen Form nicht um jeden Preis zusammengehalten werden. Staaten, die die Menschenrechte und die Genfer Flüchtlingskonventionen missachten, haben ihre Mitgliedsberechtigung in der EU verloren.

Präventive Maßnahmen müssen durchgesetzt werden:

- Verhinderung der Waffenexporte,
- friedensstiftende Maßnahmen in den betroffenen Kriegsregionen,
- Förderung der Wirtschaft in den danieder liegenden Ländern sowie
- die Förderung der Bildung und der Erziehung.
- Letztendlich ist auch eine Gesprächsbereitschaft zwischen West und Ost herbeizuführen. Menschen wie Trump und Putin dürfen nicht das letzte letzte Wort haben.

Nicht der Mob in Dresden und in den anderen Städten ist das Volk …

Nein, wir sind das Volk!

Dr. Maximilian Pick
Ortsvereinsvorsitzender

Kostenexplosion beim Breitbandnetz

Ickinger Luxus-Projekt – schon beim Start Fragen und Zweifel

Vorbemerkung

Damit von vorneherein kein Missverständnis aufkommt: Dieser Beitrag begründet *keine* Ablehnung eines schnelleren Internet-Zuganges für Icking. Vielmehr geht es darum, die Vorgehensweise der Gemeinde mit der Entscheidung zu betrachten, eine flächendeckende Glasfaserverkabelung über das gesamte Gemeindegebiet *in eigener Regie* durchzuführen. Diese Betrachtung ist notwendig, da das Projekt – als wirtschaftsorientiertes Investitionsvorhaben – nicht nur ein Novum für Icking ist, sondern wegen seiner finanzwirtschaftlichen Auswirkungen auch besondere Aufmerksamkeit verdient. Vergessen wir nicht: es gehört nicht zu den originären Aufgaben der Gemeinde, sich als Wirtschaftsunternehmen in das freie Marktgeschehen einzubringen. Und es gilt für uns als Bürger, die Seriosität der kommunalpolitischen Arbeit im Auge zu behalten. Die Bürgermeisterin schreibt uns zwar mit ihrem Schreiben vom 23. August 2016 ausführlich, dass alles in Ordnung sei, aber ist das wirklich so?

Gehört die Breitband-Versorgung zur Daseinsvorsorge?

In ihrem oben genannten Brief geht die Bürgermeisterin davon aus, dass die „Breitbandversorgung bis in jedes einzelne Haus" eine Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge darstellt. Dieses Verständnis des Begriffs berührt eine Grundsatzfrage, die man sehr wohl anders beantworten kann. Für die Entscheidungsfindung in Sachen der gemeindlichen Investition ist sie allerdings von entscheidender Bedeutung. Einschlägige Literatur – auch die Bayerische Verfassung – erwähnt in der Aufzählung der Aufgaben, die zur kommunalen Daseinsvorsorge gehören, die Telekommunikation nicht.

> ***„Eigener Wirkungskreis der Gemeinden; […]***
> *(1) In den eigenen Wirkungskreis der Gemeinden (Artikel 11 Absatz 2) fallen insbesondere […] der örtliche Verkehr nebst Straßen- und Wegebau; die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Licht, Gas und elektrischer Kraft; Einrichtungen zur Sicherung der Ernährung; Ortsplanung, Wohnungsbau und Wohnungsaufsicht; […].* **"**
>
> (Bay. Verfassung, Artikel 83)

Die „schnelle" Breitbandversorgung rechtfertigt eine solche Erweiterung der kommunalen Aufgaben zur Daseinsvorsorge nach Meinung der Verfassungsgründer also nicht mehr. Für das Bundesverfassungsgericht ist die „Daseinsvorsorge eine Leistung, … derer der Bürger zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz unumgänglich bedarf." Eine Gefährdung der „menschenwürdigen Existenz" steht hier sicher nicht zur Diskussion, die flächendeckende Breitband-Versorgung gehört also nicht zur Daseinsvorsorge.

Warum jetzt die erneute Infragestellung?

Die zahlenmäßige Darstellung der inzwischen sichtbar werdenden Kostensteigerung verdeutlicht, wie berechtigt die Zweifel an einer seriösen Vorgehensweise bei der Entscheidung für dieses gemeindeeigene Projekt waren und sind.

Kostenangaben vor Wettbewerb „700 für Icking":

Januar 2016	**3,8 Mio. €**

Kostenangaben gemäß persönlicher Auskunft der Gemeinde:

August 2016	**4,6 Mio. €**

Kosten laut Sitzungsvorlage vom 8. September 2016:

September 2016	**5,5 Mio. €**

Kosten laut letzter Pressemitteilung:

Oktober 2016	**6,6 Mio. €**

Das entspricht einer Kostensteigerung von 74 %; und das schon vor dem ersten Spatenstich! Und es ist naiv zu glauben, dass es bei diesen Kosten bleibt. Dieses Projekt ist für die Finanzwirtschaft der Gemeinde – besonders in Anbetracht der neuen Zahlen – von außerordentlicher Bedeutung. Das verpflichtet uns, die Bürger ausführlich über diese desaströse Entwicklung zu informieren.

Irritierende Bürgerbefragung

Die Bürgerbefragung „700 für Icking", die zur Entscheidung für das gemeindeeigene Glasfasernetz geführt hat, könnte man also aus zwei Gründen als unseriös bezeichnen, wenn nicht gar als bewusstes Täuschungsmanöver. Erstens: Die zur Zeit der Befragung genannten Investitionskosten von ca. 3,8 Mio. € waren nicht realistisch, was sich jetzt bereits zeigt. Zweitens: Die Aussage *„kostenlos"* (für den Zustimmenden) ist falsch oder zumindest leichtfertig, da der Befragte als Bürger und Steuerzahler auf jeden Fall an der von der Gemeinde zu tätigenden Investition beteiligt ist und deren Amortisation sich – wie inzwischen sichtbar wird – in über dreißig Jahren, oder aber mit unbekannten Verlusten ergeben könnte.

Übrigens, ein einfaches Zahlenspiel der bis jetzt bekannten Zahlen (bei einer Gesamtinvestition von 3,8 bis 6,6 Mio. €, je nach Zeitpunkt der Betrachtung) zeigt folgendes Bild.

a) Anzahl der *angemeldeten* Breitband-Anschlüsse: 900 St.
Rechnerische Kosten pro Hausanschluss: 4.200 bis 7.300 €
b) Anzahl *aller* Hausanschlüsse: 1 500 St.
Rechnerische Kosten (auf alle Haushalte umgerechnet) pro Hausanschluss: 2.100 bis 4.700 €

Können Sie, lieber Leser, erkennen, wie es dazu kommen konnte, dass bei diesem Zahlenspiegel der Glasfaser-Hausanschluss als „kostenlos" angeboten wurde? Wie hätte wohl das Ergebnis der Bürgerbefragung ausgesehen, wenn die Frage gelautet hätte: „Sind Sie bereit, für Ihren Glasfaseranschluss mit einem Betrag zwischen 2.100 und 7.300 € in Vorleistung zu gehen, den Sie im Laufe von über 30 Jahren (über Gebührenerlass) zurückbekommen sollen?" Und was sagen eigentlich die anderen circa 600 Bürger (Haushalte), die nichts von Glasfaser im Hause wissen wollen, die es bis an ihr Lebensende nicht brauchen werden und trotzdem an den Kosten (über ihre Steuern) beteiligt sind? Die bewährte Regel: **Kostenzuordnung nach dem Verursacherprinzip hat hier jedenfalls nicht gegolten.**

Fazit

Das Breitbandnetz ist von einem zu beachtenden Teil der Bevölkerung – wenn auch nicht von allen – Bürgern gewünscht worden. Dies muss man zur Kenntnis nehmen, und natürlich akzeptieren wir die demokratisch gefundene Entscheidung. Der Nutzen eines Netzzuganges für große Datenmengen für Anwender mit beruflichen oder unternehmerischen Ambitionen soll hier nicht bestritten werden – er ist sicher eine Förderung wert. Es ist ja auch schön, wenn man das schnellste (gemeindeeigene!) Internet flächendeckend weit und breit hat, und damit so ziemlich top dasteht. Die armen Schlucker von nebenan geben gerade mal 180.000.- € für ihre 19 000 Einwohner aus; (das sind ungefähr 10.– € pro Einwohner. Da halten wir mit einer Investition von circa 2.000.- € pro Einwohner locker dagegen).

Trotzdem

Es ist ein unternehmerisch aberwitziges Unterfangen, sich in einem Technologiesektor, dessen Innovationszeiten zu rasant kurzfristigen Systemwechseln führen, auf eine Investition durch die Gemeinde in dieser Höhe und mit einer derart langen Amortisationszeit einzulassen. Stutzig macht: Weder die gewinnorientiert aufgestellten Telekom-Unternehmen noch die meisten anderen Gemeinden in Bayern haben sich auf ein solches Abenteuer eingelassen; die wissen warum (siehe SZ vom 21.10.2016, das Glasfasernetz der Gemeinde Schäftlarn betreffend und SZ vom 29.10.2016, Titelseite). Und ehrlich gesagt, wie viele Bürger in Icking leiden denn wirklich an den Unzulänglichkeiten ihres Internet-Anschlusses?

Es bleibt ein fader Beigeschmack

Hätten so viele Ickinger Bürger zugestimmt,

- wenn mit realistischen Kosten Werbung gemacht worden wäre?
- wenn sie gewusst hätten, dass für soziale und kommunale Projekte für Jahrzehnte die Finanzmittel fehlen werden?
- wenn sie gewusst hätten, dass die Gemeindeverwaltung für andere Aufgaben keine Zeit mehr haben wird (siehe „Ickinger ‚Unvollendete'" – anderen Projekte in der Gemeinde, S. 12)?

Solch ein mehrere Millionen teures Glasfasernetz ist eben nicht kostenlos und so nebenbei abwickelbar!

Wir haben über unseren SPD-Gemeinderat Mielich unsere kritische Haltung zu diesem Projekt – als gemeindeeigenes Vorhaben – rechtzeitig bei den entsprechenden Abstimmungen im Rat ausgedrückt. Vergeblich. Aber es gibt sehr ernstzunehmende Gründe, das ganze Projekt weiterhin mit vielen Fragezeichen zu versehen.

Ein Luxus-Projekt – mit vielen Zweifeln.

Die sich schon jetzt abzeichnende Kostenentwicklung (bei den augenblicklich bekannten 6,6 Mio. € wird es ja sehr wahrscheinlich nicht bleiben) **und die Verlängerung der Amortisationszeit auf über 30 Jahre veranlassen uns, hier noch einmal gegenüber den Bürgern ausführlich zu begründen, warum dieses finanzwirtschaftliche Abenteuer der Kommune nicht zustimmungsfähig ist.**

Julian Chucholowski & Gerhard Jakobi

Einem geschenkten Gaul schaut man nicht ins Maul

Christian Mielich

Nachdem ich im Gemeinderat als Einziger dagegen gestimmt habe, dass die Gemeinde die Breitband-Verkabelung in Icking in Eigenregie durchführt, möchte ich meine ablehnende Haltung noch einmal erläutern:

Das *Geschenk* der Gemeinde, nämlich das Breitbandkabel für „0-Euro“ bis ins Haus gelegt zu bekommen, ist in Wahrheit keineswegs umsonst. Denn wenn wir diesem geschenkten Gaul ins Maul schauen, finden wir einiges, was in den letzten Monaten ungern angesprochen wurde. So wird für die Gemeinde ein hoher Schuldenberg (derzeit 6,6 Mio. €) entstehen, der innerhalb von 30 Jahren über Gebühren von den Breitbandnutzern abgetragen werden soll. Ob das gut gehen kann?

Darüber hinaus wurde im Handumdrehen in Sachen Telekommunikation und Mediennutzung eine monopolistische Situation geschaffen, die der alleinanbietende Betreiber später nutzen könnte, um die heute noch günstigen Durchleitungs- und Endverbrauchergebühren zu erhöhen. Aus ähnlichem Anlass hat die Telekom ihr Monopol doch bereits abgeben müssen. Der Markt wurde dadurch mit spürbarem Erfolg reguliert, aber eben nur für das bestehende Telekom-Kupferkabel. Es wäre jedenfalls ein Novum, wenn das für Icking ausgewählte Unternehmen nicht versuchte, sein Monopol im eigenen wirtschaftlichen Interesse auszunutzen

Nicht alle Bürger sind dafür

Rund 900 Anschlüsse zum jetzigen Zeitpunkt sind für das Breitbandprojekt in Icking eine erfolgreiche Teilnehmerzahl. Jedoch haben sich gleichzeitig circa 600 Haushalte nicht für Breitband entschieden. Auch diese Nicht-Befürworter hatten gute Gründe, sich trotz großflächiger Werbung und *eindringlicher* Beratung dagegen zu entscheiden.

Ich denke, auch ich hatte gute Argumente, um im Gemeinderat gegen das Projekt zu stimmen, obwohl es, nebenbei bemerkt, in der Folgezeit nicht immer angenehm war, als ewig gestriger Pessimist (um mal einen netten Kommentar zu zitieren) von Bürgern und Gemeinderatskollegen angegangen zu werden.

Meine persönlichen Gründe sowie die Ablehnungsgründe der circa 500 Mitbürger werden mich – bei aller Akzeptanz der demokratisch gefällten Entscheidung – motivieren, das Projekt auch in Zukunft kritisch zu begleiten, um Schaden von der Gemeinde und ihren Bürgern abzuwenden.

Christian Mielich

Endlich da, die Ortsgestaltungssatzung

War auch schon lange genug auf dem Weg, seit Ende der 1980er Jahre, so zeigen es die alten Unterlagen. Und sie betrifft nur die „Dörfer“ Irschenhausen, Dorfen, Walchstadt und Attenhausen.

Wie gut sie ausgelegt ist, die Satzung, das soll hier nicht untersucht werden, wir sind froh, dass sie überhaupt da ist. Das lag uns schon sehr lange auf dem Herzen. Es bedurfte wohl einiger abschreckender Beispiele, um endlich zu erkennen, dass man sich nicht immer auf den Geschmack der Bauherren und ihrer Architekten verlassen kann.

Schöne Architektur – am falschen Platz.

Worauf es jetzt ankommt, ist vor allem, wie konsequent und mutig sie angewendet wird. Das wird sich in der Praxis herausstellen und die Gemeinderäte ordentlich herausfordern.

Der Gestaltungswille für ein harmonisches und trotzdem vielfältiges Erscheinungsbild eines Orts will auch durchgesetzt werden – gegen den oft vorgetragenen, individuellen Darstellungsdrang der meist gut betuchten und entsprechend forschen Bauherren, denen so ein übergeordnetes Ziel doch allzu oft wurscht ist – wie die Vergangenheit gezeigt hat.

Gerhard Jakobi

Späte Quittung für eine falsche Entscheidung

Gericht hatte den Bebauungsplan Schäftlarner Weg für ungültig erklärt

In der Gemeinderatssitzung am 26. September 2016 wurde ein Antrag der SPD abgelehnt, mit dem die Gemeinde aufgefordert wurde darüber nachzudenken, wie sie in einem neuen Bebauungsplanverfahren für das gemeindeeigene Grundstück am Schäftlarner Weg vorgehen will, um den Bedenken des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (VGH) in dessen Urteil vom 2. März 2009 besser Rechnung zu tragen. Mir liegt das komplette Urteil vor.

Zur Erinnerung: Die Gemeinde hat in den frühen 80er Jahren des letzten Jahrtausends von der Stadt München am Schäftlarner Weg circa 10 000 m² Grund erworben, verbunden mit der Absicht, diese Fläche für die heimische Bevölkerung zu nutzen – und zwar für den Teil der Bürger, die sich ein Baugrundstück zu den üblichen Marktkonditionen nicht leisten können. Dies waren Geburtsstunde und Geburtsort des ersten Einheimischen-Modells in unserer Gemeinde.

Was hilft die Mühe für ein feines Projekt, …

In einem Architektenwettbewerb, den unser Gemeindemitglied Gerhard Haisch gewann, wurde die gesamte Fläche mit 21 Parzellen überplant, wobei Wohnungseinheiten teilweise auch als Mietwohnungen entstehen sollten.

Die Planung wurde in den folgenden Jahrzehnten immer wieder geändert, bis schließlich im Jahr 2006 der Bebauungsplan Nr. 18 als Satzung beschlossen wurde. In ihm waren insgesamt nur noch zehn Einheiten geplant, wovon nur noch sieben für das Einheimischen-Modell vorgesehen waren und die übrigen auf dem freien Grundstücksmarkt verkauft werden sollten.

„wenn es dem … Nachbarn nicht gefällt?“

Dieser Bebauungsplan Nr. 18 wurde von einer Grundstücksnachbarin mit Erfolg angefochten und mit Urteil vom 2. März 2009 für unwirksam erklärt.

Entscheidend für das Gericht war der Umstand, dass das Grundstück am Schäftlarner Weg mittlerweile als sog. Erholungswald eingestuft worden war. Mit der Folge, dass die Gemeinde im Weg der Abwägung im Bebauungsplan das überwiegend öffentliche Interesse gegenüber dem Erhalt eines Erholungswaldes darstellen muss. Das wurde von der Gemeinde versäumt.

Nachlässigkeit oder Taktik?

Im Jahr 2010 sprach sich der Gemeinderat dann dafür aus, das Bebauungsplan-Verfahren neu durchzuführen. Außerdem wurde nach Auskunft der Bürgermeisterin Menrad ein Ingenieurbüro eingeschaltet, um Aussagen zu dem leidigen Ickinger Thema der Niederschlagswasserbeseitigung zu treffen. Passiert ist seitdem nichts mehr.

Dass nach 6 Jahren immer noch kein Ergebnis vorliegt, halte ich für einen Skandal. Ich halte das Regenwasser-Problem am Schäftlarner Weg auch nicht für relevant. Dies umso weniger, als zu Beginn des Projekts die vom Wasserwirtschaftsamt angeordneten umfangreichen und sehr kostenträchtigen Schluckversuche die Versickerungsfähigkeit des Bodens – sogar für die geklärten Abwasser – nachgewiesen haben. Die entsprechenden Bohrlöcher sind

Alfred von Hofacker

nach unserer Kenntnis noch immer – mit Deckel drauf – zugänglich.

Wie kann es weitergehen?

In diesem Zusammenhang bemängelt das Gericht, dass gegenüber der ursprünglichen Planung im Bebauungsplan Nr. 18 nur noch wenige Grundstücke für ein Einheimischen-Modell übrig geblieben sind. Nach dem Urteil des VGH muss davon ausgegangen werden, dass das Grundstück am Schäftlarner Weg nur noch für eine sozialverträgliche Nutzung in Frage kommt und nicht mehr als zum „Silberbesteck“ der Gemeinde gehörig auf dem freien Grundstücksmarkt verkauft werden kann.

Laut Auskunft von Frau Menrad wurden für das Grundstück bereits 1.044.322 € (eine Verzinsung noch gar nicht mitgerechnet) ausgegeben.

Wir betrachten es als eine **Verschleuderung von Gemeindevermögen**, wenn nicht mit mehr Nachdruck darüber nachgedacht wird, wie die Gemeinde in einem neuen Bebauungsplanverfahren den Bedenken des Gerichts besser Rechnung zu tragen gedenkt. Genau dieses Anliegen war Gegenstand des Antrags der SPD – der allerdings mehrheitlich abgelehnt wurde.

Alfred von Hofacker

Ein weiterer Aspekt zum Schäftlarner Weg

Anstatt das gemeindeeigene Grundstück in Dorfen und das in bäuerlichem Eigentum befindliche Grundstück in Irschenhausen zeitlich befristet für die Bebauung von Flüchtlingsunterkünften vorzusehen, würde es sich doch anbieten, in einem neuen Bebauungsplan für das gemeindeeigene Grundstück am Schäftlarner Weg sozialverträgliche Wohnungen vorzusehen. Diese könnten im Bedarfsfall anerkannten Flüchtlingen mit Bleiberecht, aber auch unseren eigenen bedürftigen Bürger/innen zur Verfügung stehen. Auch Flüchtlinge mit Bleiberecht sind in der Lage, eine sozialverträgliche Miete zu bezahlen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf Art. 106 der Bayerischen Verfassung. Dort heißt es unter anderem:

1. Jeder Bewohner Bayerns hat Anspruch auf eine angemessene Wohnung.
2. Förderung des Baus billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden.

Ich bin mir sicher, dass ein Bebauungsplan mit diesem sozialen Inhalt nicht mehr (mit Aussicht auf Erfolg) von einem einzelnen Grundstücksnachbar angefochten werden könnte.

Und noch eines: In der SZ vom 6.10.2016 war unter der Überschrift „Kommunen geht der Wohnraum aus – Gemeindetag fordert mehr Hilfe bei Integration von Flüchtlingen“ unter anderem zu lesen: „Der Bund muss das Baurecht so modifizieren, dass wir schnell und effizient sozialen Wohnraum schaffen können.“

Das letzte Grundstück im Einheimischen-Modell Spatzenloh wurde inzwischen vergeben. Weitere, sofort oder kurzfristig bebaubare Grundstücke stehen derzeit in der Gemeinde nicht mehr zur Verfügung. Auch unter diesem Gesichtspunkt lohnt es sich meines Erachtens, zügig einen neuen Bebauungsplan für das gemeindeeigene Grundstück am Schäftlarner Weg zu erstellen und zu verabschieden.

Alfred von Hofacker

GLOSSE

Ich bin naiv…

und deshalb als Politiker völlig ungeeignet!

Was macht einen Politiker aus? Nun, zunächst dachte ich, ein Politiker hat eine Idee, spricht diese aus und schaut, ob er Anhänger für diese Idee bekommen kann.

Aber es ist anders herum: Der heutige Politiker schaut, welche Ideen im Volk sind und spricht diese dann aus, um gewählt zu werden. Schlimm nur, wenn er dabei seine Prinzipien aufgeben muss; dann nennt man ihn nämlich einen *Wendehals*.

Wenn die Mehrzahl der Basis der SPD möglicherweise gegen TTIP ist, muss man halt auch als Parteivorsitzender gegen TTIP sein und die Verhandlungen für gescheitert erklären. CETA geht vielleicht noch, obwohl sich dagegen auch viele Stimmen erhoben haben. Was aber machen wir gegen die AfD? Nun ja, man könnte es mit der *Obergrenze* probieren. Peinlich, dass auf dieser Schiene schon eine andere Partei fährt: „Das Boot ist voll und wenn die Flüchtlinge nicht schwimmen können, sind sie eben selber schuld“. Wir wollen in Ruhe unseren Wohlstand genießen.

Auch die CSU fürchtet einen Rückgang ihrer Wählerstimmen, deshalb lässt Herr Seehofer seinen *Wadlbeißer* Scheuer von der Leine. Wozu Integration? Sie kostet uns viele Millionen Euro und beunruhigt unsere Bevölkerung: Wir sind das (dumme) Volk, schreit man auf Demonstrationen.

Wo aber versteckt sich das christliche Abendland? Die christlichen Parteien nennen sich christlich, dumm nur, dass das Oberhaupt der Katholiken sich plötzlich auch noch sozial outet, was doch eigentlich Anliegen der sozialdemokratischen Partei sein sollte: Die Bundeskanzlerin (der einzige Mann in der großen Koalition!?) will den vom Schicksal Benachteiligten und sozial Schwachen helfen, eigentlich ein Anliegen linker Parteien.

Charakter haben, Rückgrat zeigen, unbeirrt seinen Weg gehen, eben kein Wendehals sein, das sollten die wichtigsten Eigenschaften eines Politikers sein. Oder bin ich zu naiv, wenn ich das fordere?

Dr. Maximilian Pick
Ortsvereinsvorsitzender

HIGHSPEED für Icking – an der Sicherheit gespart

Fußgängerbrücke über die B 11 zurückgestellt

Zur Erinnerung

Am 26. Januar 2015 wurde in der Gemeinderatssitzung beschlossen, am südlichen Ortseingang eine Genehmigungsplanung für eine Fußgängerüberführung unverzüglich durchzuführen. Es wurde klargestellt, dass anhand einer Genehmigungsplanung die tatsächlichen Kosten und Zuschüsse ermittelt werden sollen. Die Brückenplanung und die zeitgleich beschlossene B 11-Umgestaltung der Ortsdurchfahrt sollten sich dabei nicht gegenseitig behindern. Darum wurde entschieden, zwei separate Genehmigungsplanungen durchführen zu lassen.

Gefahrenstelle erster Ordnung

Durchgeführte Geschwindigkeitsmessungen am südlichen Ortseingang (Höhe Bauhof) vom Januar 2015 zeigen, dass mehr als 56 % aller Fahrzeuge auf der B 11 die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h nicht einhalten. Ermittelte Spitzengeschwindigkeiten von mehr als 100 km/h nahe der Zufahrt nach Spatzenloh mit ihrem erheblichen nicht-motorisierten Verkehr verdeutlichen die Notwendigkeit entsprechender Sicherungsmaßnahmen. Die Geschwindigkeit der Fahrzeuge muss an dieser kritischen Stelle drastisch reduziert werden.

Eine Teillösung …

ist sicher der Einbau einer Querungshilfe, d. h. einer Verkehrsinsel, wie sie in den Überlegungen der Gemeinde vorkommt. Die Erfahrung zeigt aber, dass auch durch eine solche Fahrbahnverengung die Gefahr für die nicht-motorisierten Verkehrsteilnehmer nicht endgültig beseitigt werden kann. Höhengleiche Kreuzungen sind und bleiben insbesondere für Radfahrer und Fußgänger gefährlich. Eine sichere Lösung kann nur durch Entflechtung der Verkehrsströme – d. h. hier eine Über- oder Unterführung – erreicht werden. Eine Verkehrsinsel täuscht den Kindern eine nicht vorhandene Sicherheit vor und ist für Radfahrer, Menschen mit Kinderwagen und größere Gruppen, z. B. Schulklassen, ungeeignet.

Die sicherste Lösung

Julian Chucholowski

Eine erste Entwurfsplanung für eine Fußgängerbrücke vom Jahr 2014 (wir berichteten im Schaukasten 90) hat einen stilvollen und praktischen Lösungsvorschlag aufgezeigt und ist zugleich mit einer vorläufigen Kostenschätzung von circa 200.000 € finanzierbar. (Staatliche Zuschüssen sind hier noch nicht eingeplant.)

Nachdem es die Gemeindeverwaltung innerhalb von 20 Monaten nicht geschafft hat, eine Detailplanung in Auftrag zu geben, wurde am 26. September 2016 ein erneuter Antrag der SPD auf Fortsetzung der Realisierung gestellt. Diesen hat allerdings der Gemeinderat mit 7 zu 8 Stimmen vor allem der UBI und der Ickinger Initative abgelehnt.

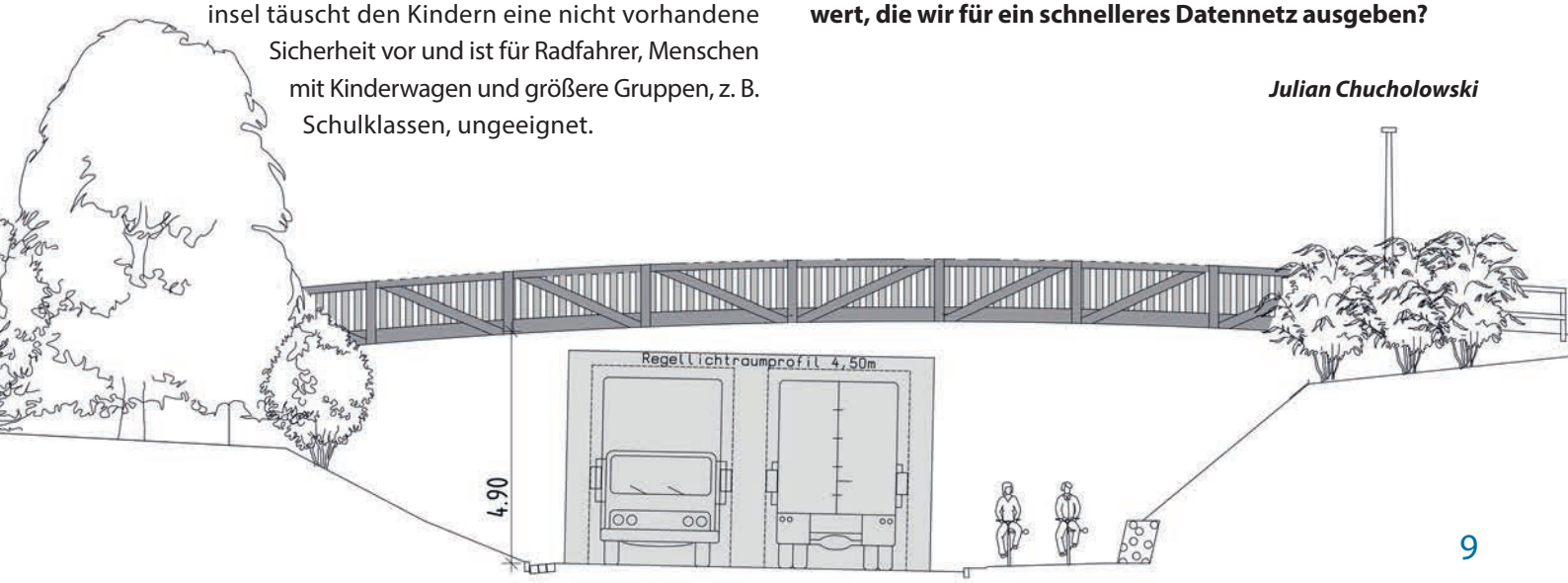
Die vorgebrachten Kosten-Argumente und das Schielen auf eventuell nicht erreichbare Zuschüsse wirken geradezu grotesk bis zynisch, wenn zeitgleich die Investitionen für das Glasfasernetz mit einer Kostenexplosion auf über 6 Mio. € im Gemeinderat fast einstimmig (mit einer Gegenstimme) durchgewunken werden.

Nur eine Fußgängerbrücke …

ermöglicht eine sichere Überquerung der B 11 für die zahlreichen Kinder auf dem täglichen Schulweg, auf dem Weg zum Sportunterricht und für alle Mitbürger, ob jung oder alt, auf dem Weg zwischen den Sportanlagen und dem Ort.

Ist die Sicherheit unserer Mitmenschen – insbesondere die unserer Kinder – nicht einmal ein Dreißigstel der Summe wert, die wir für ein schnelleres Datennetz ausgeben?

Julian Chucholowski



Baurecht mit Baumrecht

Appell für den Erhalt wertvoller Bäume und für weniger Versiegelung

Warum ist es in Icking so schön?

Wer auch immer sich dazu äußert, die Kriterien sind immer dieselben: die beschauliche Idylle, die wunderbare Ruhe, die landschaftliche Schönheit. Das alles macht die Natur: die Bäume, die Wiesen, das Wasser. Meine Mutter, die vor einigen Jahren zu Besuch war, schwärmt bis heute von der schönen eingewachsenen Wiese im „Bankenviertel" mit der wunderbaren alten Buche, damals nicht ahnend, dass diese mittlerweile einer schmerzhaften Fällung zum Opfer gefallen ist. Es ist paradox: Die Menschen zieht es wegen der Ruhe und der landschaftlichen Schönheit nach Icking und wir müssen uns fragen: Tun die Verantwortlichen – tun wir – genug, um diese Schönheit zu erhalten?

Bäume bringen's! (Foto: Petra Dirschl / Pixelio)

Nicht nur romantische Gründe

Genau deswegen haben sich in der Ickinger SPD Menschen zusammengetan, um das Werk fortzuführen, an dem sie bereits seit den 1980er Jahren arbeiten: die wunderschönen und erhaltenswerten Bäume in Icking sinnvoll zu schützen, Neupflanzungen zu ermöglichen und sich zudem für weniger Versiegelungen einzusetzen. Und das hat nicht nur romantische Gründe, sondern bringt sogar finanzielle Vorteile mit sich. Bäume entschärfen zum Beispiel Ickings Problem mit dem Oberflächenwasser. Wir erinnern uns: Vor einem guten Jahr beschäftigte sich Frau Menrad mit den Wasserspeichern, die jeder von uns auf seinem Grundstück bereithält. Wenn die Lage so dramatisch ist, wie sie sie schildert – und das dürfte stimmen – dann ist es doch geboten, sofort an den Hebeln anzusetzen, die etwas bewirken. Nämlich die Entfernung großer und alter ortsnaher Laubbäume zu stoppen oder zumindest die Zahl solcher Maßnahmen drastisch zu reduzieren.

Dr. Beatrice Wagner

Bäume, unsere Helfer gegen Überflutungen

Ein einziger Baum von der Größe der abgeholzten Buche auf dem Gemeindegrundstück nimmt pro Tag 500 Liter Regenwasser auf – die Menge einer großen Regenwassertonne. In einer regenreichen Woche hatte diese Buche so viel Wasser gespeichert wie sieben Anwohner mit ihren Regentonnen sammeln. Und da die Buche nicht der einzige gefällte Baum in den letzten Jahren war, läuft nun ziemlich viel Wasser ungebremst den Wenzberg hinunter. Ebenso am Angerl, am Talberg, am Ichoring und am Eichendorffweg. Und schließlich kommt das Wasser, welches bei uns von Baum und Boden nicht aufgenommen wird, in Hochwassergebieten der Isar flussabwärts wieder zum Vorschein. Die zunehmenden Versiegelungen verschärfen das Problem.

Ein Aufforsten an anderer Stelle ist gut, aber nicht effektiv genug. Um die Speicherkapazität einer großen alten Buche auszugleichen, braucht es 2000 Jungbäume. Nicht abzuholzen ist somit sinnvoller und Platz sparender als aufzuforsten.

Mehr Sensibilität ist gefragt

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Bebauungspläne konsequenter durch ein Baumrecht ergänzt werden. Hätte z. B. die Kinderkrippe, anstatt die alte Buche im Bankenviertel zu fällen, nicht drum herum gebaut werden können? Gestalterische Phantasie ist mehr denn je gefragt!

Eine zeitgemäße Bebauungsphilosophie muss immer die Begrünung beinhalten. Eine Möglichkeit wäre, dass ein von der Gemeinde bestellter Baumfachmann alle in Frage kommenden Baugrundstücke daraufhin begutachtet. Das ist für alle billiger, als sich hinterher um das Oberflächenwasser zu kümmern. Und schöner ist es allemal, wenn die alten Bäume, die wunderbare Natur, die einzigartige Landschaft erhalten und nicht durch kurzsichtige Bebauungspläne verscherbelt werden.

Dr. Beatrice Wagner

„Was gibt es Schöneres als ein Theater unterm Apfelbaum?“

Irschenhausen ist ein Villenort im Norden Ickings, angrenzend an Zell (Gemeinde Schäftlarn) mit professionell gepflegten und „sauberen“ Gärten, exakt geschnittenen Hecken, kurz gehaltenem Rasen, in Form gebrachten Sträuchern und wertvollen exotischen Pflanzen. Wie wohltuend ist da doch der ländliche Garten in der Pfaffenleite 16 mit den naturbelassenen Sträuchern und Bäumen, dem leicht verkrüppelten Apfelbaum, der schiefen Gänse- und Entenhütte, einem verfallenen Schäferkarren und dem einfachen Gartenzaun, der einen Panoramablick auf die Alpenkette nicht nur zulässt, sondern geradezu unterstreicht. Eine schöne Idee, in diesen „Bauerngarten“ ein Theater hinein zu zaubern.

Georg Kreisler, bayerisch-argentinische Liebesgeschichten, Klänge der japanischen Shakuhachi - Flöte, slowakische Volksmärchen, all dies hat die Natur mit der fast unwirklichen Kulisse der Alpen hier schon erlebt. „Nach Golde drängt, am Golde hängt doch alles“ wurde zwar im August 2016 unterm Apfelbaum rezitiert, aber gerade das trifft für hier, für diesen grünen ländlichen Fleck inmitten der sonst so akkurat beschnittenen Gärten, nicht zu.

SK: Liebe Frau Reimold, das Theater unterm Apfelbaum ist wohl ein einzigartiges kulturelles Ereignis im weiten Umkreis von Icking. Was hat Sie dazu gebracht, diese Veranstaltung ins Leben zu rufen?

Es war die Liebe zum Theater und zur Kunst, die mich dazu brachte, 2008 die „Gesellschaft unterm Apfelbaum“ zu gründen und in der Sommerzeit den schönen Garten zu nutzen, um hier Veranstaltungen dieser besonderen Art vor der Kulisse der nahen Alpen aufzuführen.

SK: Wann hat die erste Veranstaltung stattgefunden und wie hat sich die Entwicklung gestaltet?

Im Jahre 2008 haben wir den Theaterverein ins Leben gerufen. Hierbei wurde ich besonders von dem Theaterfachmann Emmanuel Bohn unterstützt. Mit ihm zusammen haben wir dann in den ersten Jahren die Theatersommer bestritten. Seit 2010 gibt es regelmäßige Theateraufführungen.

SK: Welche bekannten Kabarettisten, Schauspieler und andere Künstler sind bei Ihnen schon aufgetreten?

Eine lange Liste von Schauspielern und Künstlern ist hier zu nennen: Josef Brustmann, Sven Kemmler, Julia von Miller, Thomas und Silvana Prosperi, Simon Reimold, Ecco Reinecke, Belle Schupp, Peter Spielbauer, um nur einige zu nennen.

SK: Welche Absichten haben Sie für die Zukunft, wollen Sie etwas verändern?

Solange es mir Freude macht, werde ich weiter in meinem Garten Theater spielen lassen. Wir haben in der Werbung mit 1 000 Flyern angefangen und sind inzwischen bei 10 000 Stück gelandet. Viele Freunde helfen uns, das Kulturreferat der Stadt München leiht uns das Equipment, die Gemeinde Icking hilft uns beim Aufbau der Bühne. Wir sind auch sehr glücklich über den unmittelbaren nachbarlichen Zuspruch. Wir werden 2017 die Wochenendveranstaltungen etwas ausweiten, vielleicht schon am Donnerstag anfangen.

SK: Waren Sie überrascht über den Zuspruch zu Ihrem jeweiligen Programm oder manchmal auch enttäuscht, wenn zu wenig Zuschauer kamen?

Wir sind natürlich sehr vom Wetter abhängig, bei Nässe und Kälte sinken die Zuschauerzahlen. Wir versuchen aber, durch bekannte Künstler attraktiv zu bleiben. Für 2017 haben wir schon namhafte Künstler gewinnen können: Herrn Josef Brustmann, Frau Manuela Klarin, Herrn Peter Spielbauer und meinen Sohn Simon Reimold. Die Ickinger sind ein sehr dankbares und treues Publikum. Über mehr Münchner Besucher würden wir uns freuen.

SK: Wir bedanken uns für das Interview und wünschen Ihnen auch weiterhin noch viel Erfolg.

Das Gespräch führte
Dr. Maximilian Pick

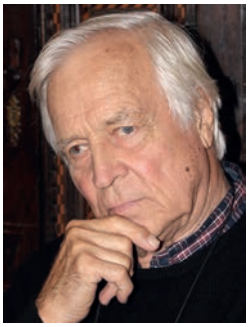
Frau Barbara Reimold, die in ihrem Garten in Irschenhausen ihre Theaterliebe mit anderen teilen will.

Ickinger „Unvollendete“

Die letzte Gemeinderatssitzung hat’s gezeigt: Die Serie der nicht zustande gekommenen – mehr oder weniger großen – Projekte, die von der Gemeinde getragen oder angetrieben werden (sollten), wird langsam, aber sicher immer länger und damit auch die elend langen Wartezeiten auf deren Vollendung. Als da sind:

- Das Einheimischen-Modell am Schäftlarner Weg
- und der Radlweg von Icking nach Ebenhausen teilen sich den Altersrekord unter den mutig angegangenen Vorhaben. Sie stammen aus den 80ern des vergangenen Jahrtausends.
- Die Gestaltung mit Rückbau der Ortsdurchfahrt der B 11 erreicht immerhin schon satte 20 Jahre.
- Der Supermarkt mit circa 5 Jahren Laufzeit ist geradezu ein Neuling unter den hoffnungsfroh Gestarteten und noch nicht Angekommenen.
- Die „geordnete Regenwasserentsorgung“ bringt es inzwischen auch schon auf 3 Jahre.
- Die Überführung der Bundesstraße nach Spatzenloh mit 20 Monaten Ruhezeit seit Beschlussfassung im Gemeinderat gilt nach Ickinger Zeitrechnung als „noch in den Geburtswehen“.

Na ja, und nun darf spekuliert werden, wie lange denn wohl das kühnste (und nach der Kanalisation mit Sicherheit für die Gemeinde teuerste) unter den Vorhaben – nämlich die Breitbandversorgung der Ickinger Haushalte – dauern wird, das erst seit genau zwei Jahren auf dem Weg ist.



Gerhard Jakobi

Wann also werden sie denn nun vollendet sein, die Unvollendeten?

Also, da sieht’s finster aus, wenn man bedenkt, wie viel Geld und Arbeitskapazität durch das Breitband-Projekt auf Jahre gebunden sind.

Oder wird die eine oder andere Unvollendete dort landen, wo z .B. das Einheimischen-Modell am Schäftlarner Weg landen soll, nämlich in der Versenkung? So soll es jedenfalls – nach fast 30 Jahren investierter Zeit – mit dem inzwischen über eine Mio. € teuren Grundstück nach Vorschlag des Gemeinderates Matthias Ertl enden: „… einfach den Deckel draufmachen“. (Wenn das der Stocker-Hans wüsste!) Das wäre dann eine wahrlich „unvollendete“ Wunschvorstellung. Und das nur, weil ein einziger benachbarter Mitbürger damit nicht einverstanden war!

Gerhard Jakobi

Kinder der Welt – nicht vergessen!

Am 20. November 1989 haben die Vereinten Nationen das Übereinkommen über die Grundrechte des Kindes festgelegt. Es gilt für alle Mädchen und Jungen in fast allen Ländern der Erde. Die wichtigsten 10 Grundrechte sind zusammengefasst auf der hier gezeigten Grafik. In diesem Zusammenhang möchte ich besonders auf die unendliche Not der Kinder in Kriegsgebieten und auf der Flucht erinnern.

Karin Siebert

Die Rechte des Kindes

1. Recht auf Gleichheit Kein Kind darf benachteiligt werden.

2. Recht auf Gesundheit Kinder haben das Recht, gesund zu leben, Geborgenheit zu finden und keine Not zu leiden.

3. Recht auf Bildung Kinder haben das Recht, zu lernen und eine Ausbildung zu machen, die ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten entspricht.

4. Recht auf elterliche Fürsorge Kinder haben ein Recht auf die Liebe und Fürsorge beider Eltern und auf ein sicheres Zuhause.

5. Recht auf Privatsphäre und persönliche Ehre Kinder haben ein Recht, dass ihr Privatleben und ihre Würde geachtet werden.

6. Recht auf Meinungsäußerung, Information und Gehör

Kinder haben das Recht, bei allen Fragen, die sie betreffen, mitzubestimmen und zu sagen, was sie denken. Sie haben das Recht, sich alle Informationen zu beschaffen, die sie brauchen, und ihre eigene Meinung zu verbreiten.

7. Recht auf Schutz im Krieg und auf der Flucht Kinder haben das Recht, im Krieg und auf der Flucht besonders geschützt zu werden.

8. Recht auf Schutz vor Ausbeutung und Gewalt Kinder haben das Recht auf Schutz vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung.

9. Recht auf Spiel, Freizeit und Ruhe Kinder haben das Recht zu spielen, sich zu erholen und künstlerisch tätig zu sein.

10. Recht auf Betreuung bei Behinderung Behinderte Kinder haben das Recht auf besondere Fürsorge und Förderung, damit sie aktiv am Leben teilnehmen können.

V.S.d.P.: Kinderbeauftragte der Landeshauptstadt München, Rupprechtstraße 23–27, 80636 München, Tel. (089) 2 33-3 43 89

Zusammenfassung der wichtigsten Artikel des Übereinkommens über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen vom 20. November 1989. Die Landeshauptstadt München erkennt diese Kinderrechte mit dem Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates vom 24. Juli 2001 ausdrücklich an und bemüht sich auf allen Ebenen, sie im Rahmen ihrer Zuständigkeiten umzusetzen.

Landeshauptstadt
München
Sozialreferat

Integration ist Arbeit

Und der größte Teil dieser Arbeit wird von ehrenamtlich tätigen Helfern geleistet.

In Icking arbeiten im Helferkreis für Flüchtlinge zeitweise bis zu 100 engagierte Menschen, um den hier Angekommenen aus Syrien, Afghanistan, Pakistan, und einigen afrikanischen Ländern, die schwierigen und zum Teil sehr hohen Hürden der Bürokratie, der Voreingenommenheit, der Unsicherheit auf beiden Seiten, der fehlenden Sprachkenntnisse und der Arbeitsbeschaffung überwinden zu helfen. Das verlangt unendlich viel Geduld und Ausdauer, kostet Geld und vor allem viel Zeit, sehr viel Zeit.

Die be-SCHEUER-te CSU-Politik ist da integrationshemmend und demotivierend: „Das Schlimmste ist ein fußballspielender ministrierender Senegalese, der über drei Jahre da ist – den wirst du nie wieder abschieben." Welch ein Hohn und Spott auf diese selbstlosen, engagierten Helfer!

„Loskriegen" statt integrieren

ist das Motto der ach so „Christsozialen" in der Führungsetage der Union. Es ist nicht nur inhuman, sondern auch dumm.

Jutta Pick, Kahn B. und Bernd Hertwig (v. l. n. r.) bei der Arbeit.

Bedanken wir uns bei denen, die sich von solcher Lieblosigkeit und Gefühlskälte nicht entmutigen lassen, sondern ihren Dienst in aller Stille weiter tun. So wie Jutta Pick und Bernd Hertwig, die Kahn B. aus Afghanistan bei den Formalitäten für die Arbeitserlaubnis behilflich sind. Wir nennen sie stellvertretend für all die vielen anderen Helfer in Icking.

Die Schaukasten-Redaktion

Der Stammtisch im Rittergütl

In jeder ersten Woche der ungeraden Monate (wie bisher Januar, März, Mai, Juli etc.) trifft sich der Ickinger SPD-Ortsverein zum Stammtisch im Rittergütl in Irschenhausen. Dort pflegen wir das lockere und offene Gespräch „querbeet" über alle Themen.

Jeder ist herzlich willkommen, ob Mitglied oder interessierter Bürger der Gemeinde Icking. Sie findet die aktuellen Tagestermine nebenstehend oder stets unter „Termine" auf der Webseite des SPD Ortsvereins. Wir freuen uns, Sie beim nächsten Stammtisch begrüßen zu dürfen.

Adresse zum Stammtisch: Landgasthof Rittergütl,
Ebenhauser Straße 26, 82057 Icking-Irschenhausen

Digitaler Schaukasten

Auch diesen Ickinger Schaukasten finden Sie wieder wie gewohnt als Download auf unserer Webseite www.spd-icking.de.

Vereinskalender

09.11.16	19:00 Uhr	Stammtisch im Rittergütl
10.11.16	14:30 Uhr	**Führung im Bergwerksmuseum** AG 60plus Bad Tölz-Wolfratshausen, im Bergwerksmuseum Penzberg, Karlstraße 36, 82377 Penzberg
24.11.16	19:30 Uhr	**3. Kreiskonferenz 2016** SPD-KV Bad Tölz-Wolfratshausen, im Gasthof Oberhauser, Wolfratshauser Straße 4, 82544 Egling
10.12.16	17:00 Uhr	Weihnachtsfeier des OV Icking im „Sterngugga" (Icking-Dorfen)
24.01.17	18:30 Uhr	**Jahresversammlung mit Vorstandsneuwahl** SPD-KV Bad Tölz-Wolfratshausen Bad Tölz, Gasthof noch offen

Alle Termine und weitere Informationen zu den einzelnen Veranstaltungen finden Sie auf unserer Webseite unter: www.spd-icking.de/termine

… und plötzlich waren sie weg.

Ali und Muhammad (Namen geändert) haben meine Frau und mich zum Essen eingeladen. Eine freundliche, liebenswürdige Geste, besonders wenn man bedenkt, dass beide nur eine sehr spärliche finanzielle Unterstützung bekommen.

In der ehemaligen Industriehalle empfängt uns ein Security-Beauftragter. Wir müssen unsere Personalausweise abgeben. „Sie bekommen sie zurück, wenn Sie wieder gehen“, ist die dürftige Erklärung. „Zweiter Container rechts“, fügt er noch als Orientierungshilfe hinzu, als wir nach den beiden fragen. Es stehen schließlich ungefähr 30 Container in der Halle.

Aber schon sind unsere Gastgeber da und sie führen uns in ihr „Heim“. Die Innenmaße betragen circa 2 x 4 m, vier Stockbetten, ein kleiner Tisch aus einer Grundschule, vier schmale Spinde und drei Stühle sind das Inventar. Ich bin zwar noch nie in einer Gefängniszelle gewesen, aber viel schlechter kann sie auch nicht sein. Noch sind sie nur zu zweit in der Behausung, aber zwei weitere sind schon angekündigt. Die beiden Flüchtlinge haben sich große Mühe gegeben: Die Vorspeise bestehend aus Obst, als Hauptgang Reis mit Gemüse – sie wissen, dass wir Vegetarier sind – und als Nachspeise gibt es Eis. Zu trinken wird Bananensaft angeboten.

Beide sprechen kaum Deutsch und nur ein klein wenig Englisch. Wir können uns gegenseitig schlecht und recht verstehen. Sie berichten uns von ihren Familien, von der Not in Afghanistan, von der Unsicherheit, der Armut und dass sie froh sind in Deutschland zu sein. Meine Frau fragen sie behördenrelevante und asylrechtliche Dinge. Zunächst waren sie in Icking untergebracht und haben da ihre ersten Kontakte geknüpft mit den Helfern und den Anwohnern, dann aber wurden sie – Hals über Kopf – nach Geretsried verlegt. Beide hatten ein unbezahltes Praktikum absolviert, ohne aber danach vom Arbeitgeber übernommen zu werden, da keine Planstelle frei war. Wir fragen Sie, ob sie einen Wunsch hätten, wir würden gerne helfen. Nein, sagen sie und dann kommt wie aus einem Mund: Sie wollen dringend arbeiten! Sie schauen auf meine Frau, die sich als Flüchtlingshelferin um die Asylbewerber kümmert.

Wir danken für das Essen und verabschieden uns, betrübt wegen ihrer menschenunwürdigen Unterkunft und weil wir keine feste Zusagen bezüglich einer Arbeit machen konnten. Nein, sie bekamen keine Arbeit, alle Bemühungen waren vergeblich.

Einige Wochen später hören wir Gerüchte, sie seien nach Italien aufgebrochen. Wir sind traurig.

Jutta und Max Pick

Stimme für Vernunft

Wir wollen keinen Rechtsruck in Bayern. Mit „Meine Stimme für Vernunft“ wollen wir ein deutliches Zeichen senden. Denn in Zeiten, in denen Schutzbedürftige zu uns kommen, weil sie vor Gewalt, Terror und Krieg fliehen, stimmen wir für den Zusammenhalt und die Freiheit! Wir wollen mit der „Stimme für Vernunft“ keine Gräben aufreißen, sondern Brücken bauen – für mehr sozialen Zusammenhalt, für ein Mehr an Miteinander, für ein Füreinander einstehen. Wir brauchen Euch! Erhebt auch Eure „Stimme für Vernunft“ – erst recht und jetzt in Bayern. Packen wir’s an!

stimmefuervernunft.bayernspd.de

Impressum

Herausgeber: SPD Ortsverein Icking
Webseite: http://spd-icking.de
E-Mail: info@spd-icking.de
V.i.S.d.P.: Gerhard Jakobi
Telefon: 08178 5755
Redaktion: Gerhard Jakobi, Dr. Maximilian Pick, Alfred von Hofacker, Karin Siebert, Dr. Beatrice Wagner, Julian Chucholowski
Korrektur gelesen: Rainer von Savigny
Gestaltung: Florian Pick (wonders and sign)
Fotos: SPD-eigene, Petra Dirschl (Pixelio), Barış Muratoğlu (istockphoto)
Auflage: 1500 Stück, gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.
Alle Beiträge stellen die Meinung des jeweiligen Verfassers dar.

Ehre, wem Ehre gebührt

Wir freuen uns mit unserem Mitglied Alfred von Hofacker über die Auszeichnung durch den Landkreis Bad Tölz – Wolfratshausen mit der

Isar-Loisach-Medaille
für sein großes ehrenamtlichen Engagement

Mit dieser Ehrung will der Landkreis ein sichtbares äußeres Zeichen des Dankes und der Anerkennung für besondere ehrenamtliche Leistungen im örtlichen Bereich bzw. auf Landkreisebene geben. Ehrenamt in diesem Sinne ist der Dienst für andere, der über längere Zeit weit über das übliche Maß hinausgeht und von Uneigennützigkeit geprägt ist, schreibt der Landrat Josef Niedermaier.

Alfred von Hofacker ist seit 1999 in verschiedenen Funktionen für den Christophorus Hospizverein Bad Tölz – Wolfratshausen tätig. Zu diesem Engagement wurde er durch einen Vortrag in der katholischen Kirche in Icking angeregt. Er hat überwiegend schwerstkranke Menschen auf ihrem letzten Weg begleitet. Heute ist er als Berater zum Thema Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht tätig.

Zusammen mit einer Kollegin hat Hofacker in einem Modellprojekt „Leben bis zuletzt – Palliativbetreuung in den Alten- und Pflegeheimen der Inneren Mission München“ im Alten- und Pflegeheim der Inneren Mission in Ebenhausen eine für das Heim maßgeschneiderte Gruppe von Hospizhelfer/innen ausgebildet.

Neben seiner ehrenamtlichen Hospiztätigkeit wird Alfred von Hofacker immer wieder eingeladen, vor Schülern zu sprechen und mit ihnen zu diskutieren. Dabei geht es um seine Erinnerungen als Neunjähriger, als sein Vater im Zusammenhang mit dem Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Alfred von Hofacker im Gespräch mit Schülern.

Wir gratulieren ihm sehr herzlich zu seiner Ehrung durch den Landkreis!

Der Ortsverein der SPD Icking
Dr. Maximilian Pick / Gerhard Jakobi

Liebe Schaukastenleser,

der politische Mensch hat in einer Demokratie stets die Möglichkeit seiner Ansicht z. B. bei Wahlen Ausdruck zu verleihen. Sicherlich empfinden Sie die Wahl als ein zwar sehr nützliches demokratisches Instrument, aber doch auch als unbefriedigend, wenn die Gewählten oft nicht wie vorher angekündigt agieren. Statt nur die Gewählten zu kritisieren, sollte sich jeder verantwortungsbewusste Bürger selbst in die politische Welt mit einbringen. Eine Möglichkeit ist hier die Mitarbeit in einem Ortsverein einer Partei. Unser Appell an Sie lautet daher:

Werden Sie aktiv und unterstützen Sie die politische Arbeit der Ortsvereine.

Wir freuen uns über jede Mitarbeit oder über jedes neue Mitglied in der SPD! Wenn Sie nicht dem Ortsverein der SPD beitreten wollen, so lautet unser Appell an Sie, sich in einem anderen Ortsverein oder auf anderer politischer Ebene zu engagieren. So könnten Sie z. B. den Helferkreis für Asylbewerber oder die „Tafel“ für arme Menschen unterstützen. Selbstverständlich können Sie auch beides tun. Wir von der SPD freuen uns über jeden politisch denkenden und demokratisch agierenden Mitbürger.

www.spd-icking.de